

Jens Westermann

DIE LINKE.
N I E D E R S A C H S E N

Kreisverband. Harburg-Land
Ortsverband. Buchholz i. d. N.

Jens Westermann
Gemeinderat der Samtgemeinde
Weller Straße 13,
21255 Tostedt
Telefon 04182-28 50 75
Telefax 04182-28 50 495
Handy 0171-845 83 10
Email jens.westermann@t-online.de

Jens Westermann, Weller Straße 13, 21255 Tostedt

Samtgemeinde Tostedt
Bürgermeisterbüro
Schützenstraße 24
21255 Tostedt

Betr.: Ärztliche Versorgung

19.07.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister
Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beziehe ich mich auf meinen Antrag vom Dezember 2016 und den Bemühungen des Rates hier tätig zu werden. Der Vortrag des Herrn Dr. Jörn Jepsen vor dem entsprechenden Fachausschuss des Rates war, wie die Vorsitzende des Ausschusses ausführte, sicher interessant, in großen Teilen jedoch nicht richtig, wurde von ihm in einem Artikel des Wochenblattes auch relativiert.

Für die Bedarfsplanung und Budgetierung sind, gemäß Satzung der Bundes KV, die Kassenärztliche Vereinigung und die gesetzlichen Krankenkassen zuständig.

Es wurde von diesen Institutionen gute Lobbyarbeit geleistet um den Numerus Clausus einzuführen, wurde nicht hierfür sogar das Grundgesetz geändert, leider wird die Beseitigung des derzeitigen Missstandes nicht mit ähnlichem Elan angegangen.

Nach Schätzungen wollen ca. 60 tausend junge Menschen Medizin studieren, dem stehen jedoch nur ca. 11 tausend Studienplätze zur Verfügung, dies ist in einer freiheitlichen Demokratie unwürdig und schäbig. Es fehlt nicht nur an Ärzten auch in anderen Bereichen wie z.B. Schule ist ein erheblicher Mangel vorhanden.

Gerade die Demokratie nötigt uns aber dazu Druck von unten nach oben auszuüben und Kreis-, Landes- und Bundesparlament vor uns her zu treiben, aus dem Verwaltungstrott herauszubringen und zu einer gestaltenden Politik anzuregen.

Wenn schon heute über 50 % der Schüler Abitur machen, wir aber weiterhin von allen Seiten eine bessere Bildung fordern, ist es unsere Pflicht auch die entsprechenden Bedingungen für ein Studium zu schaffen.

Hiermit beantrage ich: Der Rat möge beschließen sowohl den Kreis-, Land- und Bundestag sowie Kassenärztliche Vereinigung und den Verband der Krankenkassen schriftlich aufzufordern sich dafür einzusetzen:

1. Abschaffung des Numerus Clausus.
2. Bau neuer Universitäten in strukturschwachen Regionen, es wäre hier ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden und eine deutliche Aufwertung der Region fände statt.
3. Die Abschaffung, oder mindestens eine Veränderung im Sinne einer Verdichtung, der Bedarfsplanung.

Hier sollte der Rat der Gemeinde Tostedt sich diesem anschließen.

Jens Westermann

